

Wahlprogramm der FDP Leverkusener zur Kommunalwahl 2009



(v. l. n. r: Agnes Pötz, Wolfgang Blümel, Dr. Monika-Ballin-Meyer-Ahrens, Uwe Bartels, Jochen Ries, Friedrich Busch, Ulrich Freund)

Inhalt

Wahlprogramm der FDP Leverkusener zur Kommunalwahl 2009.....	1
Unsere Verantwortung vor der nächsten Generation.....	2
Bürgernahe Verwaltung.....	5
Freiheit durch Bildung.....	6
Kultur, Sport und Freizeit.....	7
Stadtentwicklung und Mobilität in einer freien Bürgergesellschaft.....	8
Politik gemeinsam sozial gestalten – alle Generationen aktiv einbinden.....	11

Präambel

Die Idee der freien Bürgergesellschaft verstehen wir als unser oberstes Leitmotiv. In dieser schwierigen Zeit sind wir Liberale uns unserer politischen Verantwortung umso mehr bewusst. Immer häufiger vermissen wir die Stimme der Freiheit, da allzu schnell Sachzwänge vorgeschoben werden, um mehr Staat durchzusetzen und die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger einzuschränken.

Primäre Aufgabe ist es, die finanzielle Situation Leverkusens so zu reformieren, dass in absehbarer Zeit die Handlungsfähigkeit der Kommune wieder hergestellt und die nachfolgende Generation nicht mehr als notwendig belastet wird.

Die FDP Leverkusen will eine bürgernahe, effiziente Verwaltung und größtmögliche Teilhabe aller Bürger unserer Stadt an ihren politischen Entscheidungen. Die Verwaltung muss politische Entscheidungen zügig umsetzen und darf diese nicht unnötig behindern oder verzögern.

Nur durch optimale Bildungsangebote hat unsere nachfolgende Generation die Chance, sich in eine geänderte Arbeits- und Berufswelt zu integrieren. Der beste Garant ist eine breit gefächerte, an den Bedürfnissen eines jeden orientierte Bildungslandschaft.

Eine hohe Lebensqualität zeichnet sich nicht nur durch die Möglichkeit zu arbeiten und zu lernen aus, Teilhabe am öffentlichen Leben geschieht auch und ganz wesentlich über gemeinsame Aktivitäten in Freizeit, Sport und Kultur. Hier identifizieren sich unsere Bürgerinnen und Bürger mit Leverkusen. Nur ein vielseitiges Angebot in diesen Bereichen fördert die Freiheit der Wahl, sich in das Leben dieser Stadt einzubinden.

Stadtentwicklung und Verkehr können die Stadt als Lebensraum optimieren, das ist gemeinsame Aufgabe von Politik und Verwaltung. Die Planungen dürfen aber nicht an den betroffenen Bürgern und ihren berechtigten Interessen vorbeigehen, vielmehr müssen sie eingebunden werden.

Elementar in einer freien Bürgergesellschaft ist das Zusammenleben zwischen Jungen und Alten, Reichen und Armen, Männern und Frauen. Alle und jeder darf und soll sich eigenverantwortlich in die Belange dieser Stadt einbringen. Dafür wollen wir die Voraussetzungen verbessern. Und jeder muss sich der Unterstützung durch die Solidargemeinschaft sicher sein, wenn er einmal nicht in der Lage sein sollte, eigenverantwortlich am Leben der Kommune teilzunehmen. Das Zusammenspiel von Gemeinsinn und Verantwortungsbereitschaft ist Grundlage und Voraussetzung aller sozialen Bezüge.

Die Freiheit des Einzelnen verbunden mit einer Politik für das Ganze – für Sie, für uns, für Dich und mich – das ist die Vision, die wir Leverkusener Liberale für diese Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger haben.

Wir bitten um Ihre Stimme, um diese Vision zu verwirklichen.

Unsere Verantwortung vor der nächsten Generation

Die Stadt Leverkusen kann ihren Haushalt seit vielen Jahren nur durch die Aufnahme immer neuer Schulden ausgleichen. Dies wird sich gemäß der Finanzplanung der Stadtverwaltung auch in den nächsten Jahren nicht ändern. Ein ausgeglichener Haushalt ist – anders als in Düsseldorf oder in Langenfeld – nicht in Sicht.

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise wird die Situation noch verschärfen: Der Schuldenstand der Stadt wird aufgrund sinkender Einnahmen bei der Gewerbesteuer sowie bei der Lohn- und Einkommensteuer bereits Ende 2009 den astronomischen Wert von rd. 450 Mio. EUR erreichen – ein Wert, mit dem ursprünglich erst für 2011 gerechnet worden war. Rechnerisch entspricht dies einem Schuldenbetrag von knapp 2.800 EUR je Einwohner Leverkusens.

Eine aktiv gestaltende Kommunalpolitik ist vor diesem Hintergrund kaum möglich. Die Stadt Leverkusen befindet sich im Nothaushaltsrecht, d.h. sie hat strenge Auflagen der Aufsichtsbehörde einzuhalten und ist von der Genehmigung des Kölner

Regierungspräsidenten abhängig. Die Überwindung dieses Zustands und die Rückgewinnung von Handlungsspielräumen muss deshalb vorrangiges Ziel der Finanz- und Wirtschaftspolitik in Leverkusen sein.

Die Ursachen der Haushaltsmisere in Leverkusen – und auch in anderen Städten in Nordrhein-Westfalen – liegen zum Teil außerhalb der eigenen kommunalen Gestaltungsmöglichkeit. Der Solidaritätsbeitrag für die Deutsche Einheit allein hat dem Etat der Stadt Leverkusen von 1991 bis 2008 insgesamt 115,5 Mio. EUR entzogen.

Hauptursache sind aber die „hausgemachten“ Probleme aus Fehlentwicklungen in der kommunalen Finanz- und Wirtschaftspolitik. Es ist müßig zu erwähnen, dass die FDP Leverkusen bereits Ende der 80er Jahre zur Sparsamkeit aufrief, als sich Steuerrückgänge abzeichneten. Damals hätten wir noch Finanzpolster anlegen können. Leider haben unsere Mahnungen kein Gehör gefunden. Andere Städte waren da erfolgreicher: Es ist erneut auf Düsseldorf und Langenfeld zu verweisen, aber auch z. B. auf Mülheim an der Ruhr und Münster.

Vordringliche Ziele für unsere Stadt müssen nunmehr eine eiserne Ausgabendisziplin, eine Effizienzverbesserung in allen Verwaltungsbereichen und eine Ausgabensenkung durch konsequentes Sparen sein. Zusätzlich ist eine Einnahmesteigerung durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Wirtschaftsförderung in Leverkusen zu erzielen.

Daher fordert die FDP Leverkusen:

- Investitionsvorhaben ohne Dringlichkeit („Nice to have“-Projekte) wie z. B. der zweispurige Umbau des Berliner Platzes in Opladen oder politische Prestige-Projekte sind grundsätzlich abzulehnen. Erhaltungsinvestitionen dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn sie dringend erforderlich sind, etwa zur Abwehr von Gefahren oder zur Vermeidung hoher Folgekosten. Ersatz- und Erweiterungsinvestitionsprojekten darf grundsätzlich nur zugestimmt werden, wenn die erforderliche Wirtschaftlichkeitsrechnung eine Amortisationsdauer von höchstens 8 Jahren ausweist. Durch diese Maßnahmen werden neue Schulden auf ein Minimum reduziert und die Generation von morgen nicht mehr als über das unvermeidliche Maß hinaus belastet.
- Aufgaben, die nicht zum Kernbereich der Stadtverwaltung gehören, sind darauf zu überprüfen, ob sie nicht effizienter und kostengünstiger privat erbracht werden können. Bei Verkaufsüberlegungen für kommunale Einrichtungen und Unternehmen, wie z. B. das Klinikum oder die Wohnungsgesellschaft Leverkusen GmbH (WGL), an private Dritte ist allerdings strengstens darauf zu achten, dass es sich bei den Käufern nicht um reine Finanzinvestoren, sondern um Unternehmer mit dem nötigen Sachverstand handelt, die die zukünftige Aufgabenerfüllung sicherstellen.
- Die Personalsparreserve der kommunalen Verwaltung muss endlich realisiert werden. In der Vergangenheit wurden regelmäßig Mitarbeiter in städtische Gesellschaften transferiert und somit nur scheinbar Personal eingespart und nur scheinbar die Kienbaum-Empfehlungen umgesetzt. Die Zahl der Mitarbeiter (aktuell allein immer noch 2.600 nur in der Kernverwaltung!) steht in keinem Verhältnis zur Größe der Stadt mit ihren 160.000 Einwohnern!
- Urlaubsfreie Tage als Wahlgeschenke durch OB Kuchler an die Mitarbeiter der städtischen Verwaltung (wie im Jahr 2009 am Tag nach Neujahr!) darf es nicht mehr geben. Vor dem Hintergrund, dass gerade zu dieser Zeit in zahlreichen Betrieben Beschäftigte unbezahlten Zwangsurlaub nehmen mussten oder auf Kurzarbeit gesetzt wurden, wird diese Maßnahme noch unverständlicher und lässt sich dem Bürger nicht vermitteln.
- Der Rat der Stadt muss es unterbinden, dass die Stadt Leverkusen sich mit dem Geld ihrer Bürger an Finanzanlagen in Form von Spekulationsgeschäften beteiligt. Darauf werden wir als FDP auch und insbesondere achten, nachdem ein entsprechender Antrag der FDP-Fraktion von allen anderen Fraktionen abgelehnt wurde. Wir meinen: Gelder der Bürger sind nach dem Leitbild des ehrbaren Kaufmanns zu verwalten.

Eine Steigerung der Einnahmen kann nach Meinung der FDP nur durch eine agile und wache Ansiedlungs- und Wirtschaftspolitik bewirkt werden. Mit Ideenreichtum, aktivem Handeln sowie bürger- und wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen wird das Ziel angestrebt, vorhandene wirtschaftliche Stärken Leverkusens zu bewahren, Leverkusen zu einem Magneten für neue Investitionen zu machen, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen und die Finanzkraft der Stadt zum Wohle ihrer Einwohner zu stärken.

Daher fordert die FDP Leverkusen:

- Der Stadtrat muss seiner Verantwortung als Entscheidungsträger gerecht werden, der die Leitlinien, Ziele und Rahmendaten der Wirtschaftspolitik in Leverkusen vorgibt. Die Wirtschaftsförderung Leverkusen GmbH (WFL) muss zwar ein wichtiges vorbereitendes und ausführendes Organ der Leverkusener Wirtschaftsförderung werden, kann aber politische Zielvorgaben und Entscheidungen nicht ersetzen. Die Inhalte eines solchen Leitbildes samt Handlungskonzept sind im Rahmen des Projektes „Leverkusen 2020“ umzusetzen.
- Um eine intensivere persönliche Betreuung sowohl der ansässigen Betriebe als auch von potenziellen Interessenten sicherstellen zu können, darf eine Verbesserung der Personalausstattung der WFL kein Tabu sein, sobald das der WFL vorgegebene Leitbild und Handlungskonzept dies als geboten erscheinen lassen. Als weitere Maßnahmen sind ehrenamtliche Fachexperten (z.B. der Organisationen „Alt hilft Jung“ und „Wirtschaftsjunioren“) sowie ggf. professionelle Kooperanten in Projekte der WFL einzubeziehen.
- „Bestandspflege“ muss ein vorrangiges Ziel der Wirtschaftsförderung sein. Die Stadt muss sich den in Leverkusen bereits ansässigen großen und kleinen Unternehmen bei Fragen und Wünschen als ein um offenen und fairen Interessenausgleich bemühter Gesprächspartner anbieten, der sich darüber bewusst ist, was die Unternehmen für die Stadt und ihre Menschen geleistet haben und leisten. Eine Zertifizierung der Stadt Leverkusen als besonders wirtschaftsfreundliche Kommune sollte angestrebt werden. Ideologische Scheuklappen, Vorbehalte und Akzeptanzprobleme wie bei den Grünen haben im Gespräch mit den hiesigen Unternehmen nichts zu suchen.
- Unternehmen, die als Neugründer oder Verlagerer nach Leverkusen kommen wollen, müssen bei Vorbereitung, Planung und Umsetzung schnell, kompetent und unbürokratisch unterstützt werden. Wir fordern die baldige Einrichtung eines zentralen Ansprechpartners bei der Stadt in Form eines Kompetenzcenters zur Erledigung aller erforderlichen Formalitäten bei der Eröffnung eines mittelständischen Betriebes (Ziel muss sein: maximal fünf Werkzeuge Bearbeitungszeit bei Vorliegen der erforderlichen Unterlagen!)
- Gemeinsam mit der Handwerkskammer, der Industrie- und Handelskammer und der Arbeitsagentur sind Vorschläge zu entwickeln, wie die derzeit unterdurchschnittliche Ausbildungsplatzdichte Leverkusens erhöht werden kann.
- Gemeinsam mit den zuständigen Behörden und ggf. unter Einbeziehung von Bildungsinstitutionen sind Maßnahmen zur Behebung von Integrationshemmnissen einzelner Personen oder Personengruppen in den Arbeitsmarkt sowie zur Bekämpfung der hohen Ausländerarbeitslosigkeit zu entwickeln. Diese liegt gegenwärtig bei knapp 22% und damit fast zweieinhalb Mal so hoch wie die Arbeitslosenquote in Leverkusen mit rd. 9% (Stand September 2008).
- Die kommunale Wirtschaftsförderung in Leverkusen bedarf der Flankierung durch ein Standortmarketingkonzept, in dem Leben und Wohnen einerseits, Arbeiten und Verkehr andererseits im Zusammenhang und unter Berücksichtigung der gegenseitigen Abhängigkeiten dargestellt werden. Ein solches Konzept ist baldmöglichst zu erarbeiten, denn immer weniger Leverkusener finden in ihrer Heimatstadt einen Arbeitsplatz: Während 1997 noch 67 % aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Einwohner Leverkusens einen Arbeitsplatz vor Ort hatten, galt dies zehn Jahre später nur noch für 53 %. Der Anteil der Auspendler aus Leverkusen in andere Arbeitsorte stieg dementsprechend von 33 % auf 47 % an.
- Es ist zu prüfen, ob und inwieweit die derzeit in Leverkusen verfügbaren Industrie- und Gewerbeflächen ausreichen. Die Ausweisung neuer Gewerbeflächen darf erforderlichenfalls ebenso wenig ein Tabu sein wie eine Ausweitung der

Auswahlkriterien für die Ansiedlung neuer Firmen. Bei den ohnehin zu geringen Gewerbeflächen ist die Kooperation mit Privatunternehmen und Nachbargemeinden verstärkt zu suchen.

- Gemeinsam mit den Fachverbänden des Hotel- und Gaststättengewerbes ist ein Konzept zu entwickeln, wie der Fremdenverkehr in Leverkusen belebt und eine Steigerung der hiesigen Übernachtungszahl auswärtiger Gäste erreicht werden kann. Anknüpfungspunkte könnten sein: „Leverkusen-Wochenende“ in Verbindung mit Kultur- oder Sportereignissen, „Regionale 2010“ als Ausgangspunkt für Wanderungen oder Exkursionen in der Region.
- Wir wollen verlässliche Kommunaltrträge durch eine Reform der Gemeindefinanzen nach dem FDP-Modell: Abschaffung der konjunkturabhängigen Gewerbesteuer, dafür eigener Hebesatz auf Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie Anteil an der Umsatzsteuer. Das Konnexitätsprinzip (wer bestellt, zahlt auch) ist für solche Kommunalaufgaben, die von Bund und Land vorgegeben werden, einzuführen und konsequent umzusetzen.

Bürgernahe Verwaltung

Bürgerschaftliches Engagement erfolgt am direktesten in der Kommune. Wir wollen das „gläserne Rathaus“, denn nur Offenheit und Transparenz bei Verwaltungsabläufen, Prozessen und Entscheidungen ermöglicht Akzeptanz durch die Bürger. Unser Leitbild ist die liberale Bürgergesellschaft und ein bürgerfreundliches, effizientes Stadtmanagement.

Die prekäre Finanzsituation in Leverkusen (Nothaushalt!) macht überfällige Reformen und „Aufgabenkritik“ der Verwaltung umso dringlicher.

- Die FDP Leverkusen fordert leider als einzige Partei seit Jahren und wird dies auch weiterhin fordern: Der Stadtrat muss personell verkleinert werden, die Kosten für Sitzungsgelder, Aufwandsentschädigungen und Fraktionsausgaben müssen reduziert werden.
- Bürgerbegehren und Bürgerentscheide bilden eine zusätzliche Möglichkeit für die Mitwirkung der Bürger; auch der Stadtrat kann diese Möglichkeit zur Meinungsbildung bei wichtigen Entscheidungen nutzen. Deshalb setzt sich die FDP Leverkusen auch in Zukunft nachdrücklich für diese Elemente bürgernaher Demokratie ein.
- Die FDP fordert: Einladungen, Beratungsthemen und Ergebnisse öffentlicher Sitzungen der Ratsgremien werden u.a. im Bürgerbüro und im Internet so veröffentlicht, dass sie für den Bürger leicht zu finden sind.

Die FDP Leverkusen regt die Schaffung neuer, effizienter Verwaltungs- und Finanzstrukturen an mit dem Ziel einer bürgernahen und sparsamen Verwaltung, die dazu verpflichtet wird, unverzichtbare Regelungen zu benennen und ineffiziente Vorgänge zu streichen. Die Verwaltung wird zukünftig statt mit Aufgabenbeschreibungen auf der Basis von nachprüfbaren Qualitäts- und Leistungszielen arbeiten. Dadurch wird Vergleichbarkeit mit anderen Kommunen und neues Sparpotential geschaffen.

- Die FDP fordert daher eine Gestaltung der öffentlichen Aufgaben nach folgenden Schritten: Was muss die Kommune selber leisten („Kern-Aufgaben“); welche Aufgaben verantwortet sie, muss sie aber nicht selber durchführen („Kann-Aufgaben“); welche Aufgaben sollen entfallen.
- Die FDP Leverkusen fordert Maßhalten bei der Verteilung der Verwaltung auf die Gebäude: Nach Fertigstellung der Rathaus-Galerie in Wiesdorf ist die Anzahl der Verwaltungsstandorte von derzeit 14 deutlich auf ca. 5 zu reduzieren, das Verwaltungsgebäude in Opladen ist baldmöglichst aufzugeben.
- In einer liberalen Bürgergesellschaft ist die Stadtverwaltung Dienstleister für die Bürger. Daher sind vermehrt die technischen Möglichkeiten eines Online-Services zu nutzen. Ein moderner Internetauftritt der Stadt inklusive Angebot von Antragsformularen und direkter Kommunikation mit den Bürgern ist notwendig. Insbesondere im Bürgerbüro muss dazu ein öffentlicher Internetzugang ermöglicht werden.

- Die interkommunale Zusammenarbeit soll verstärkt werden, z.B. beim regionalen Marketing, bei der Erschließung von Gewerbeflächen und beim Betrieb „kommunaler“ Einrichtungen, sofern sich Synergieeffekte für alle beteiligten Kommunen erzielen lassen.
- In die Aufsichtsgremien der städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe sollen nur Vertreter mit Sachkunde entsandt werden. Die Berufung erfolgt anteilig durch alle im Rat vertretenen Fraktionen und Gruppen bezogen auf die Gesamtheit der Aufsichtsgremien. Jeder Vertreter darf maximal für zwei Gremien gewählt werden, die Vergütung ist offen zu legen.
- Vergabe-Richtlinien sind im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten ortsbezogen und qualitätssichernd anzuwenden.

Die Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen in die sie betreffenden Bereiche der öffentlichen Meinungsfindung bleibt für die FDP eine Querschnittsaufgabe, auf deren Umsetzung wir auch in Zukunft immer weiter drängen werden. Daher fordern wir Liberale:

- Senioren und Menschen mit Behinderung sollen verstärkt in kommunale Projekte eingebunden werden, die der Verbesserung ihres Lebensumfeldes dienen.
- Ebenso möchten wir Jugendliche verstärkt in kommunale Projekte eingeziehen, um die Beteiligung an Politik und deren Umsetzung frühzeitig zu erleben. Dies kann über die Ansprache interessierter Jugendlicher in Schulen, Sportvereinen, Jugendhäusern und Jugendtreffs erfolgen.

Freiheit durch Bildung

Bildung ist der wichtigste „Rohstoff“ Deutschlands. Hier eröffnete der Regierungswechsel in NRW 2005 neue Möglichkeiten. Die FDP Leverkusen war dabei die treibende Kraft, wenn es in unserer Stadt um notwendige Schulreformen ging. Bei unserem Ziel, die Benachteiligung von Gymnasien, Real- und Hauptschulen zu Gunsten von Gesamtschulen zu beenden, sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Das Ganztagsangebot wurde stark ausgeweitet, Unterrichtsausfall verkürzt und die Verbesserung naturwissenschaftlicher Räume auf den Weg gebracht.

Unsere Kinder brauchen keine Debatten über Einheitsschulen. Vielmehr muss das bestehende gegliederte Schulsystem qualitativ verbessert werden. Erreicht wird das nicht durch schöne Reden sondern durch mehr und besser ausgebildete Lehrer, verbesserte Infrastruktur und kleinere Klassen. Auch in Zeiten knapper Kassen darf die Bildungsstadt Leverkusen nicht an ihrem wichtigsten Gut sparen.

Daher fordert die FDP Leverkusen:

- Jede Schulform in Leverkusen muss ein flexibles Ganztagsangebot vorweisen. So können Schüler besser gefördert und berufstätige Eltern entlastet werden. Gleichzeitig setzen die Freidemokraten sich dafür ein, dass ein gutes Halbtagsangebot erhalten bleibt. So kann jede Familie nach ihren persönlichen Bedürfnissen selbst das Beste für ihr Kind wählen. Die FDP Leverkusen begrüßt bei der Gestaltung des Ganztagsangebot eine stärkere Kooperation zwischen den Schulen und gesellschaftlichen Organisationen.
- Wir fordern eine Bestandsgarantie für die jetzige Schullandschaft mit ihrer breiten Angebotsvielfalt. Dies gilt auch - und insbesondere - für alle Leverkusener Hauptschulen. Nachdem die dritte Gesamtschule nicht entstehen wird, muss auch die Auflösung der GHS Neucronenberg zurückgenommen werden.
- Die Errichtung einer 3. Gesamtschule lehnen wir auch in Zukunft ab. Das dahinter stehende Konzept einer Einheitsschule wird den Bedürfnissen einzelner Schüler wenig gerecht. Die Leistungstärkeren werden nicht genügend gefördert, die Leistungsschwächeren sind überfordert. Im Ergebnis kommt Mittelmaß zustande. Vielmehr setzen wir auf Verbesserungen innerhalb des bestehenden Systems und auf verbesserte Durchlässigkeit zwischen den Schulformen.
- Der Masterplan zur Verbesserung naturwissenschaftlicher Räume muss so schnell wie möglich zu 100% umgesetzt werden. Insbesondere die Lage an den Gymnasien ist besorgniserregend. Hier darf nicht zu Gunsten von Luxusprojekten wie der dritten Gesamtschule auf die Bremse getreten werden. Auch die Ausstattung der Berufsschulen muss permanent bedarfsgerecht optimiert werden.

- Eine engere Vernetzung zwischen Schulen und Wirtschaft ist anzustreben und wird von uns besonders gefordert. Hierzu bietet sich nicht nur die Fachhochschule auf dem Gelände der "neue bahn stadt: opladen" an, sondern alle Schularten und Schulstufen. Gerade Leverkusen mit seinem starken wirtschaftlichen Schwerpunkt auf Industrie und Gewerbe bietet sich für solche Kooperationsinitiativen und Partnerschaften besonders gut an.
- Die FDP Leverkusen begrüßt ausdrücklich die Gründung des Fachhochschul-Campus Leverkusen. Dieser muss nun schrittweise um weitere Studienfächer auf mindestens 2.000 Studienplätze ausgebaut werden.
- Für Leverkusens Förderschulen muss die Stelle eines Kinderpsychologen geschaffen werden. Dadurch soll das Therapieangebot an diesen Schulen gestärkt werden. Im Bedarfsfall kann dieser Psychologe auch an Regelschulen eingesetzt werden.

Chancengleichheit am Start bedeutet bestmögliche Förderung eines jeden Kindes. Schon vor der Einschulung werden die Weichen für die Zukunft gestellt. Insbesondere Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund oder aus bildungsfernen Schichten wollen wir vom Start weg so fördern, wie es ihren Möglichkeiten entspricht. Daher fordert die FDP Leverkusen:

- Der herrschende Personalmangel in KiTas ist inakzeptabel. Hier benötigen wir zusätzliches Personal, damit unsere Kleinsten bestmöglich gefördert werden.
- Der Kindergartenbesuch darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Im letzten KiTa-Jahr darf es keinen Elternbeitrag geben. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass KiTa-Gebühren ausgewogen gestaffelt werden.
- Einseitige Gebührenerhöhungen nur für Eltern, die schon mit hohen Steuern belastet sind, sind für uns auch in Zukunft inakzeptabel. Langfristig muss der KiTa-Besuch grundsätzlich kostenfrei sein.
- Die Sprachtests bei 4-Jährigen sind konsequent fortzusetzen, um Defiziten im Sprachbereich noch vor Schuleintritt begegnen zu können.

Besonders wichtig für die Entwicklung eines Kindes ist das erste Lebensjahr. Sozial benachteiligte Eltern aus "bildungsfernen" Schichten, die Kinder im 1. Lebensjahr haben, müssen daher - z.B. durch Hebammen - gezielt mindestens einmal pro Woche angeregt werden, sich mit den Kindern altersgerecht zu beschäftigen. Mit relativ wenig Einsatz erzielt man in dieser Zeit große Wirkung. Somit ist die frühkindliche Bildung nicht nur effizienter sondern auch gerechter.

Kultur, Sport und Freizeit

Trotz seiner Lage zwischen Köln und Düsseldorf, glänzt Leverkusen durch ein vielfältiges Kultur- und Vereinsleben, sowie durch ein breites Sport- und Freizeitangebot. Diese Bereiche sind bedeutsame Gradmesser für die Lebensqualität in unserer Stadt.

Unzählige Vereine, Gruppierungen, freischaffende Künstler und kulturelle Institutionen bieten uns ein facettenreiches Kultur-, Sport- und Freizeitprogramm in Leverkusen. Die Basis dafür sind finanzielle Leistungen vor allem der Unternehmen, aber auch der Stadt ebenso wie ehrenamtliches Engagement.

Deshalb ist es für uns Liberale besonders wichtig, dass Stiftungen, Kultur- und Sportsponsoring sowie das Ehrenamt in den vielen Vereinen besondere Anerkennung finden, um unser breit gefächertes Angebot von Aktivitäten als einen wichtigen Standortfaktor zu sichern.

Die FDP Leverkusen fordert:

- Wir setzen uns für eine frühe kulturelle Förderung der Kinder ein und legen einen besonderen Schwerpunkt auf die musikkulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen. In diesem Zusammenhang ist der FDP Leverkusen die Sicherung des Fortbestehens der Musikschule Leverkusen unter Verbesserung der wirtschaftlichen Lage durch eine Steigerung des Kostendeckungsgrades ein besonderes Anliegen.
- Die FDP Leverkusen setzt sich dafür ein, kulturelle Netzwerke zwischen Vereinen, Kommunen, Institutionen und Unternehmen zu bilden, um auf diesem Weg größere, finanziell aufwändigere Projekte durchführen zu können und vorhandene Ressourcen optimal und kostengünstig zu nutzen.

- Kultur ist eine Kernaufgabe der Kommunen. Sie darf in Zeiten knapper Kassen nicht zum Sparschwein der Stadt gemacht werden! Dies muss auch für eine Stadt wie Leverkusen gelten, die ein Haushaltssicherungskonzept bewältigen muss. Deshalb fordert die FDP Leverkusen, dass kulturelle Errungenschaften (z.B. Morsbroicher Sommer, Nacht der Kulturen...) nicht mit „kurzem Blick auf die Tagessituation“ zum Opfer des Rotstiftes werden und so dauerhaft beschädigt oder zerstört werden.
- Das Angebot der Volkshochschule ist unerlässlich für die Weiterbildung der Bürgerinnen und Bürger. Es ist allerdings den sich ändernden Bedürfnissen der „Kunden“ kontinuierlich anzupassen, um aktuell und attraktiv zu bleiben.
- Für die Volkshochschule fordert die FDP eigene Räumlichkeiten, da das Forum eingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten bietet und als Veranstaltungsort ebenfalls wegen der Volkshochschule als Mitnutzer in seinen Vermarktungsmöglichkeiten behindert wird.
- Wir haben in Leverkusen ein breit gefächertes Sportangebot, wodurch wir dem Attribut „Sportstadt“ gerecht werden. Das Konzept, die Pflege der Sportanlagen den sie nutzenden Vereinen zu übertragen, sollte weiter mit Augenmaß fortgesetzt werden, ohne die Vereine finanziell und personell zu überlasten.
- Das Ehrenamt im Sport- und Freizeitbereich muss weiter ausgebaut werden, denn das kommt vor allem der Nachwuchsförderung zugute.
- Für Erholung, Sport, Spiel und Freizeit kann das Gebiet auf dem Birkenberg besser genutzt und mehr Aktivitäten durch Sponsoren unterstützt werden.
- Zur Aufrechterhaltung eines angemessenen Schwimmangebotes für Schulen, Vereine und Freizeit ist das Kombibad im Wiembachtal unerlässlich und die wirtschaftlichste Lösung. Die Sanierung bestehender Altanlagen ist nicht finanzierbar.
- Private Anbieter haben in unserer Stadt gezeigt, dass sie das Sport- und Freizeitangebot nachhaltig erweitern, ohne die angeschlagenen Stadtfinanzen zu belasten. Weitere private Investitionen in diesem Bereich sind zu fördern. Dabei sollten auch Trendsportarten (z.B. „Leverkusen on Ice“ oder Klettern) berücksichtigt werden.

Stadtentwicklung und Mobilität in einer freien Bürgergesellschaft

Für Leverkusen sind die großen Linien der **Stadtentwicklung** bereits vorgezeichnet:

- Der Flächennutzungsplan 2005 ist beschlossen, Handlungsprogramme für Wohnen und Einzelhandel (Nahversorgungskonzept) sind verabschiedet.
- Der Bau der Rathaus-Galerie in Wiesdorf ist im Zeitplan. Zusammen mit den zugehörigen Plätzen und Straßenzuführungen wird dies ein attraktives Zentrum für Leverkusen.
- Die Entwicklung des Projektes „neue bahn stadt: opladen“ wird Leverkusen als Wohn- und Gewerbestandort wesentlich voranbringen, aber auch alle Kräfte fordern. Hier hat insbesondere die FDP im Land und in unserer Stadt dazu beigetragen, dass Leverkusen eine Abteilung der Fachhochschule Köln bekommen wird (Campus Leverkusen). Dies ist ein wichtiges Zukunftsprojekt, welches sowohl von dem Chemiestandort Leverkusen profitiert als auch auf diesen zurückstrahlt.
- Gemeinsam mit der gesamten Region wird der „Grüne Fächer“ als weiteres Projekt aus Leverkusen auf der Regionale 2010 präsentiert. Daher gilt es vornehmlich, diese Vorhaben entlang von Wupper und Dhünn den Zielen Ökologie, Freizeit und Erholung entsprechend zu entwickeln bzw. bei wesentlichen Änderungen auch anzupassen.

Grundsätzlich ist die Linie der Stadtverwaltung zu unterstützen, Bauleitplanung bzw. deren Änderungen im engen Zusammenspiel mit Investoren zu regeln. Dies entspricht einer sinnvollen

Nutzung der engen personellen Planungs- und Genehmigungskapazitäten und der finanziellen Situation in der Stadt („Gestalten ohne Finanzen“).

Abgehobene Planungen und Satzungen, wie sie z.B. einst beim Innovationspark Leverkusen (IPL) oder für das Wohngebiet Meckhofen eingeführt wurden, kann man sich sinnvoller Weise nicht mehr leisten. Sie sind wegen der vielen Nachbesserungen auch zu zeit- und kostenaufwändig. Die Entscheidungen werden sowieso schlussendlich politisch durch die Ratsgremien getroffen.

Die FDP Leverkusen fordert:

- Für Wiesdorf-Süd fordert die FDP endlich eine sinnvolle Bebauung zum Abschluss der Stadtkante entlang der Peschstraße. Dies ist auch mit verschiedenen Investoren möglich. Wir werden dabei auf die Realisierung von Wohnnutzungen achten, denn ohne Menschen vorort verödet die Stadt. Wiesdorf-Süd soll auch Heimat sein für die Menschen, die innenstadtnah wohnen wollen.
- In Opladen bietet sich die Düsseldorfer Straße für eine weitere Bebauung im Zusammenhang mit dem Parkhaus Kantstraße an. Auch hier fordert die FDP- Leverkusen, dass Wohnungsbau sinnvoll integriert und vor allem eine bedarfsgerechte Verkehrsführung nicht vergessen wird. Zur Revitalisierung der Geschäftszone fordert die FDP Leverkusen, auch in Opladen eine Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) zu gründen. Damit soll die Einbindung privaten Engagements zur Stärkung der Innenstadt unter Berücksichtigung der kommunalen Belange besser ermöglicht werden, was parallel zur Entwicklung der neuen Bahnstadt unbedingt erforderlich ist.
- Schlebusch wird durch das neue Schlebusch-Karree weiter gestärkt. Die FDP Leverkusen fordert aber, für die dort verbleibende Baulücke, die ein Ärgernis darstellt und den Stadtraum stört, einen Ideenwettbewerb für ein schlüssiges städtebauliches Gesamtkonzept.
- Ergänzend richtet sich das Hauptaugenmerk der FDP Leverkusen auf die Entwicklungen in den einzelnen Stadtteilen. Mit dem Einzelhandels-/ Nahversorgungskonzept ist der Rahmen für eine wohnungsnah Versorgung gelegt, aber bei der Umsetzung treten dann immer Widerstände auf: Lützenkirchen und Steinbüchel vertragen aber eine Ansiedlung von z.B. Nachbarschaftsläden und auch Lebensmittel-Discountern, um die Grundversorgung fußläufig zu sichern. Hier wollen wir die Menschen mitnehmen und sie von solchen Konzepten der Verwaltung überzeugen.

Generell setzt sich die FDP Leverkusen dafür ein, dass die Umsetzung des Flächennutzungsplans (FNP) mit Wohnbebauung vorangetrieben wird, denn wesentliches Ziel der Stadtentwicklung ist es, durch Bauflächen- und Wohnungsangebote attraktiv für Zuzüge zu werden. Zu berücksichtigen sind bei allen Planungen auch die Probleme des öffentlichen und des Individualverkehrs, sowie die Kosten, diese Konflikte zu lösen. Nur bei einer entsprechenden Politik ist die aktuelle Bevölkerungszahl zu halten, um durch diese Steuerzahler auch den Unterhalt von Infrastruktureinrichtungen zu sichern. Dazu ist auch mehr architektonische Vielfalt durch bauherrenfreundliche Auslegung von Vorschriften erforderlich.

Mobilität ist eine Forderung der Wirtschaft zur Erhaltung ihrer Logistik und möglicher Standortvorteile, sie betrifft sowohl einen flüssigen Warenverkehr als auch die Mobilität der Arbeitnehmer. Diese wiederum fordern die Möglichkeit von guter Mobilität auch für ihr Freizeitverhalten. Dies alles soll aber Verträglich mit der Ruhe der Wohnumfeldes gestaltet werden – hier kann deshalb nur mit Kompromissen gearbeitet werden, die gemeinsam mit den Bürgern erarbeitet und auch vermittelt werden müssen.

Die FDP Leverkusen fordert:

- Ein ganz wesentlicher Mangel des innerstädtischen Verkehrsnetzes bleibt die fehlende Schnellstraßenverbindung zwischen Opladen und Schlebusch. Dieses Vorhaben muss in ein entscheidungsrelevantes Stadium gebracht werden.
- Mit der geplanten Verlegung der Gütergleisstrecke und dem Neubau der Bahnallee zur Umfahrung von Opladen müssen besonders auch die innerstädtischen Verkehrsführungen überprüft werden.

- Die Problematik um den tiefer gelegten Europaring sehen wir nicht gelöst durch eine Zuschüttung des Tunnels und eine Verlagerung der Straße auf die Oberfläche inklusive eines zweistreifigen Kreisverkehrs an der Kreuzung Küppersteger Straße. Eine bessere Verbindung zwischen Hardenberg- und Windhorststraße ist hingegen durch eine weiter reichende Überdeckelung beiderseits des heutigen Kreisverkehrs möglich.
- Die Untersuchungen und Planungen für den Ausbau der Autobahn A 3 und des Leverkusener Kreuzes laufen. Die bisherigen Vorschläge des Landesbetriebs Straßen NRW stoßen aber auf breite Ablehnung und sind auch nicht immer zielführend. Der Landesbetrieb Straßenbau NRW muss frühzeitig und bürgerfreundlich über seine Vorhaben informieren. Beim Wegfall der Sylter Straße drängen wir auf eine neue Erschließung des Gewerbegebiets um die Metro von Seiten des Innovationsparks Leverkusen (IPL) durch einen Tunnel.
- Der Radweg entlang des Willy-Brandt-Ringes wird im Rahmen einer Fahrbahnsanierung ebenfalls saniert, so dass diese wichtigste Radverbindung in Leverkusen endlich wieder gut nutzbar wird.
- Für die Idee eines Ausbaus der Balkantrasse zu einem Rad- und Wanderweg sehen wir keine Realisierungsmöglichkeit wegen der Haushaltslage, da neben den bezuschussungsfähigen Aufwendungen für Erwerb und Ausbau vor allem die Unterhaltskosten als laufende Aufwendungen bei der Stadt hängen bleiben. Die FDP Leverkusen plädiert dafür, den Ausbau der Balkantrasse endgültig fallen zu lassen und die Flächen den Nachbarbereichen zuzuordnen.
- Mit der Anbindung Leverkusens an den geplanten RheinRuhr-Express (RRX) muss auch das Bahnhofsgebäude Wiesdorf-Mitte neu geplant werden, ebenso wie der damit ursächlich zusammenhängende Busbahnhof. Eine sichere Fahrradstation im nahen Umfeld muss realisiert werden.
- Eine Bahnverbindung von Opladen nach Düsseldorf auf der heutigen Güterzugtrasse erscheint uns unerlässlich, auch um die „neue bahn stadt: opladen“ von Anfang an nachhaltig zu attraktivieren.

Stadtentwicklung und Verkehr haben ganz wesentliche Auswirkungen auf die Wohnsituation einer Stadt. In Leverkusen müssen wir mit einem stark zunehmenden Anteil von Senioren an der Gesamtbevölkerung rechnen.

Die FDP Leverkusen fordert:

- Neue Mietwohnungen sollen grundsätzlich barrierefrei gebaut werden. Wohnbedingungen und Infrastruktur sollen so erhalten, verbessert bzw. neu geschaffen werden, dass sie den Bedürfnissen der Menschen jeden Lebensalters entsprechen.
- Wohnumfeldgestaltung muss künftig die Bedürfnisse von Älteren und Behinderten in besonderer Weise mit berücksichtigen, diese Personengruppen sind bei den Planungen grundsätzlich mit einzubeziehen.
- Bei der Wohnumfeldgestaltung muss der Zugang zu Kulturangeboten berücksichtigt werden. Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu Beginn und Ende kultureller Veranstaltungen soll grundsätzlich in möglichst alle Stadtteile gewährleistet sein.
- Wir wollen die Gewährleistung der Sicherheit durch ausreichende Beleuchtung, ausreichend breite Gehwege, ausreichende Anzahl von verkehrlichen Überquerungshilfen usw. permanent steigern.
- Der barrierefreie Umbau vorhandener Bahnsteige, Bushaltestellen etc. soll beschleunigt werden durch eine umfassende Bestandserhebung und Erarbeitung eines Aktionsplans unter Beteiligung der Senioren- und Behindertenverbände.
- Beim Wohnen wollen wir Projekte wie Mehrgenerationenwohnen oder generationenübergreifende Nachbarschaftsprojekte unterstützen und vorantreiben. Durch Nachverdichtung im Bestand kann dafür gesorgt werden, dass alte Menschen trotz steigenden Betreuungsbedarfs in ihrem Quartier wohnen bleiben können.
- Über energiesparendes Bauen und Wohnen muss noch mehr informiert werden, da es auch ausreichende Fördermaßnahmen dazu gibt.

Politik gemeinsam sozial gestalten – alle Generationen aktiv einbinden

Die liberale Bürgergesellschaft beruht auf Engagement, Freiheit und Sicherheit. Wo die Eigenverantwortung z.B. von Benachteiligten und sozial Schwachen nicht ausreicht, wird Hilfe geleistet. Der Jugend gilt unsere besondere Förderung, denn sie ist unsere Zukunft. Aber ebenso der immer größer werdenden Gruppe der Senioren gilt unser besonderes Augenmerk. Alle Bürger sind aufgerufen, ihr Engagement einzubringen. Damit die Stadt als Aufenthaltsort an Qualität gewinnt, ist die öffentliche Sicherheit durch die Kommune zu gewährleisten. Wir wollen das positive Image der Stadt kultivieren und zu einer echten Bürgerkommune werden.

Die Forderungen der FDP Leverkusen:

- Menschen in Not wird geholfen, aber es besteht kein Anspruch auf Dauerunterstützung. Betroffene müssen sich auch selber bemühen. Unsere Sozialpolitik ist grundsätzlich auf Hilfe zur Selbsthilfe angelegt. Der Einsatz arbeitsfähiger Hartz IV-Empfänger für gemeinnützige Arbeiten wird forciert, um die AWiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt aktiv zu fördern.
- Wir unterstützen die Zusammenfassung von Sozialleistungen, Steuern und Gebühren in Form eines „Bürgergeldes“, das von einer Stelle zentral und effektiv bearbeitet wird.
- Wir fordern regelmäßige Beratungsangebote der Sozialversicherungsträger u.ä. Einrichtungen im Bürgerbüro sowie die Fortsetzung der Arbeit der Verbraucherberatung.
- Die Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung ist eine zentrale Aufgabe des Staates. Da es zum Grundbedürfnis der Menschen gehört, sich in ihrem Lebensraum wohl zu fühlen, ist einerseits ausreichende Prävention und andererseits ein ausreichendes Kontingent an Sicherheitskräften notwendig. Wir fordern ein entschiedenes rechtsstaatliches Vorgehen gegen Belästigungen, Kriminalität und gewaltsame Übergriffe, aber auch gegen jegliche Sachbeschädigung. Eine ständige Videoüberwachung sozialer Brennpunkte und damit die Lenkung eines Generalverdachts auf alle Bürger lehnen wir entschieden ab.
- Wir unterstützen das Projekt Soziale Stadt Rheindorf-Nord, die Organisation bedarf allerdings der kritischen Beobachtung, damit es nicht von den Interessen einzelner Parteipolitiker bzw. einzelner Gruppen dominiert wird. Intensivere projektorientierte Einbindung der Bürger würde hier helfen und wird von uns daher vehement eingefordert.
- Wir brauchen phantasievoll gestaltete Kinderspielplätze und ein besseres Angebot auch für ältere Kinder und Jugendliche (Bolzplätze, Jugendtreffpunkte). Dies muss in Projektarbeit zusammen mit den Betroffenen (Eltern, Kinder, Jugendliche, Verbände, Stadt) geschehen. Dass dies funktionieren kann, zeigen Beispiele wie die Aktivitäten in der Derr-Siedlung. Jugendliche müssen motiviert werden, sich für ihre Kommune einzusetzen. Gleichzeitig werden Brennpunkte wie die Bahnhofstraße in Opladen durch solche u. ä. Projekte entschärft und eine Kriminalisierung der betroffenen Jugendlichen aktiv vermieden.
- Der Bauspielplatz in Rheindorf soll an seinem jetzigen Standort bestehen bleiben, den Neubau des Jugendhauses unterstützen wir, allerdings muss angesichts der Finanzlage der Stadt die Finanzierung überdacht werden.
- Umweltschutz ist eine Aufgabe aller Bürger, deshalb muss die Verschmutzung von Grünflächen oder Fußgängerzonen konsequent geahndet werden. Leverkusen muss das Image einer sauberen, grünen Stadt bekommen, damit die Menschen sich hier wohl fühlen.
- Friedhofsbereiche müssen auch andere als die konventionellen Bestattungsformen ermöglichen. Einen Tierfriedhof in privater Initiative befürworten wir.
- Im gesamten Stadtgebiet wollen wir mehr private Anbieter motivieren, Freizeitangebote für junge Leute zu machen. Die neue Fußballhalle in Manfort sowie die Eislaufbahn in Opladen oder auch die U18-Party in der Smidt-Arena sind positive Beispiele in diese Richtung.